Straßburg. Bischof Fritzen erklärt in einer Zuschrift an das hiesige Blatt „Der Elsässer“ gegenüber den Angriffen, die in anderen katholischen Blättern gegen die neue katholisch-theologische Fakultät laut geworden waren: Ich bedauere diese Angriffe, da sie nicht nur dazu angetan sind, in die Reihen unseres katholischen Volkes Verwirrung und Mißstimmung zu tragen, sondern auch ganz und gar ungerecht sind und in keiner Weise dem Tatbestand entsprechen. Ich hoffe, daß die katholischen Blätter nun endlich zu der Einsicht gelangen werden, daß diese fortwährenden Angriffe und Sticheleien auf die katholisch-theologische Fakultät, die vom heiligen Stuhl genehmigt ist, der Ehrfurcht und Unterwürfigkeit widersprechen, die die Katholiken dem heiligen Stuhle schuldig sind.

Wien. Auswärts verbreitete ungünstige Gerüchte über den Gesundheitszustand des Kaisers sind vollständig aus der Luft gegriffen. Kaiser Franz Joseph hielt heute Empfang ab, am Abend findet Hofball statt.

Wien. (Priv.-Tel.) Die Enthüllungen über die angebliche Mission des Grafen Lamsdorff, die Ehescheidung des Königs Alexander von Draga herbeizuführen, werden an unterrichteter Stelle als bloße Erfindung und Kombination bezeichnet. Die Thronfolgerfrage sei während der Anwesenheit Lamsdorffs in Serbien gar nicht zur Sprache gekommen. Auch die Ankündigungen einer bevorstehenden Zusammenkunft des sächsischen Kronprinzen mit Kaiser Franz Joseph werden dementiert.

Paris. Die indirekten Steuern ergaben im Monat Dezember eine Mehreinnahme von 1 376 000 Frcs. gegenüber dem Voranschlage und eine Zunahme von 10 874 000 Frcs. gegenüber dem Dezember 1901.

Madrid. (Priv.-Tel.) Der marokkanische Prätendent soll sich ins Gebirge zurückgezogen haben. — Bei Ulad Maja wurde eine Sand-Karawane überfallen. 15 Kamele nebst Ladungen wurden weggenommen.

London. Die königliche Yacht „Victoria and Albert“ hat Befehl erhalten, nach dem Mittelmeer abzudampfen, wo das Königspaar Anfang März eine längere Kreuzfahrt unternehmen wird. — Sämtliche Flüsse sind in rapidem Steigen begriffen. Es wird Hochwasser befürchtet. — Die „Times“ bestätigen aus Newyork die Nachricht von der Niederlage der Truppen Castros.

Belgrad. Nach Konsularmeldungen wurden in Monastir und Ueskub die amtlichen Maueranschläge, die die bekannten Reformen für Macedonien im Namen des Sultans verkündeten, von der mohammedanischen Bevölkerung unter lauten Verwünschungen herabgerissen.

Washington. Die Antworten Deutschlands und Englands an den Präsidenten Castro sind hier eingetroffen und Castro übermittelt worden; beide enthalten dieselben Bedingungen, über die eine Verständigung zu wege gebracht werden muß, ehe der Fall dem Schiedsgericht unterbreitet wird.

Seattle (Staat Washington). Die norwegische Bark „Prince Arthur“ ist am 2. Januar in der Nähe vom Kap Flattery gestrandet. 18 Mann von der Besatzung sind ertrunken.

Berlin. (Priv.-Tel.) Börse. Die rückgängige Bewegung am Montanaktienmarkte machte heute der entgegengesetzten Platz, da günstigere Nachrichten vorlagen, die die Unternehmungslust wieder anfachen konnten. Gerüchte über Erhöhung der Trägerpreise gaben für Hüttenwerte eine starke Anregung, so daß bei bedeutenden Umsätzen erhebliche Steigerungen erzielt wurden. Laurahüttenaktien waren bevorzugt und gewannen im Laufe des Verkehrs 3½ Prozent. Kohlenaktien zogen gleichfalls Interesse auf sich infolge der Meldung, daß die belgische Kokserzeugung für den Bedarf des Inlandes nicht ausreiche und auf die Zufuhr aus Deutschland zurückgegriffen werden müsse. [illegible] stellten daraufhin um beinahe 4 Prozent höher. Auf den übrigen Gebieten des Ultimoverkehrs ging es [illegible] stiller zu bei teilweise nicht behaupteter Tendenz. Kanadaaktien waren indessen [illegible] an höheres [illegible] unter den stimulierenden Momenten auch Gerüchte von Kapitalerhöhungen der Baltimore-Gesellschaft starke Käufe bewirkt hatten. Bankaktien zeigten keine gleichmäßige Festigkeit; [illegible] und Kommanditanteile stiegen um mehr als 1½ Prozent. Transportwerte, außer Canada und Prince Henri, schwach. Schiffahrtsaktien matt. Fremde Renten schlecht behauptet. Heimische Anleihen unverändert. Kassaindustriepapiere fest. Der Schluß der Börse war fest. Privatdiskont 2¾ Prozent, ¼ Prozent niedriger. — Getreidemarkt. Höhere Auslandsmeldungen und die Sorge, daß die Witterung wieder zur Kälte neigt, veranlaßten [illegible] Zurückhaltung der Abgeber für Weizen und Roggen; da jedoch andererseits auch die Frage für Brotgetreide und Mehl nicht bedeutend war, so blieben die Preis-Erhöhungen belanglos und die Umsätze sehr klein. Das Inlands-Angebot hat [illegible] nachgelassen. Russische Offerten fehlten, da die Börsen Rußlands [illegible] der dortigen Weihnachten geschlossen [illegible] Weizen 0,50 bis 0,75 Mk. besser bezahlt. [illegible] Hafer wenig verändert. Mais im Lieferungshandel 0,50 Mk. anziehend. Spiritus und Rüböl unverändert. [illegible] 12 Mk. Der Schluß des Getreidemarktes zeigte eine [illegible] Haltung. — Wetter: Bedeckt, trocken. [illegible]

Frankfurt a. M. (Schluß.) Kredit 218.20. Diskonto 192.30. Dresdner Bank [illegible] Staatsbahn —,—. Lombarden —,—. Laurahütte —,—. Ungar. Gold —,—. [illegible] —,—.

Paris. [illegible] Rente 100.22½. Italiener 101.40. Spanier 87.85. [illegible] Türkenlose 121.50. Ottomanbank 594,—. [illegible] —,—. [illegible]

Paris. Produktenmarkt. [illegible] Januar 21.55, per Mai-Juni 22.15. [illegible] per Januar 52.75 [illegible]

Amsterdam. Produkten-Bericht. Roggen per März —,—, per Mai —,—. [illegible] geschäftslos.

[illegible] La Plata Mais ¼ Sh. höher, [illegible] — Wetter: [illegible]

Oertliches und Sächsisches.

— Im Befinden Sr. Majestät des Königs ist, wie auch Geh. Medizinalrat Professor Dr. Curschmann bei seinem vorgestrigen Besuche konstatieren konnte, eine weitere Besserung eingetreten. Die Kräfte haben etwas zugenommen, der Katarrh hebt sich und die Körperwärme ist seit 4 Tagen vollständig normal geblieben.

— Dem Sekretär bei dem Amtsgericht Zwickau Schubert ist das Verdienstkreuz verliehen worden.

— Der bisherige Konsularagent Ernest L. Harris in Eibenstock ist zum Handelsagent der Vereinigten Staaten von Amerika ernannt worden.

— Der an Stelle des in Ruhestand getretenen Herrn Schuldirektor [illegible] zum Direktor der 19. Bezirksschule gewählte Herr [illegible] Bernhard Breuil wurde in Gegenwart des Lehrerkollegiums und der Schüler durch Herrn Bezirksschulinspektor Schulrat Dr. Prietzel eingewiesen.

— Der Königliche Bereiter Herr Henter ist am 1. Januar in den Ruhestand getreten. Während seiner unter drei Königen verbrachten treuen Dienstzeit hat er sich bei Vorgesetzten und Untergebenen Achtung und Wertschätzung in reichem Maße erworben.

— Wir haben nach der „Deutschen Tageszeitung“ die Mitteilung gebracht, nach welcher es namentlich in Rücksicht auf die Diätenlosigkeit große Schwierigkeiten mache, im 14. und 20. sächsischen Reichstagswahlkreise konservative Kandidaten zu erhalten. Nach unseren inzwischen eingezogenen Informationen sind in beiden Wahlkreisen sehr geeignete Kandidaten bereits vorhanden und wird deren öffentliche Nennung demnächst erfolgen.

— Mit dem gestrigen Tage ist auf dem für das Bismarck-Denkmal in Aussicht genommenen Platze an der Seestraße und Johannes-Allee mit den Vorarbeiten von seiten des städtischen Tiefbauamtes begonnen worden. Die Wahl des Standortes begegnete bekanntlich im Stadtverordneten-Kollegium manchem Widerspruch. Das Denkmal kommt in die Mitte der späteren Ringstraße zu stehen. Die jetzt in Angriff genommenen Arbeiten sollen sich auf die Herstellung des Fundaments und die Anlage und Asphaltierung der seitlich vorüberführenden Fahrbahnen beschränken. Gleichzeitig damit wird die Johannes-Allee bis zur Marienstraße eine Asphaltierung erfahren, zu welchem Zwecke die dort noch vorhandenen Vorgärten auf der südlichen Straßenseite eingezogen werden sollen. Von diesen Veränderungen wird dagegen der auf der nördlichen Seite gelegene große Hesse'sche Garten nicht berührt, sondern vorläufig in seinem vollen Umfange erhalten bleiben.

— Dem neugebildeten hiesigen Bezirksausschuß der Dresdner Hauptbankstelle gehören an die Herren Konsul Arnhold, Konsul Kommerzienrat Arnstädt, Handelskammer-Präsident Kommerzienrat Collenbusch, Geh. Hofrat Dr. Mehnert, Konsul Kommerzienrat Palmié und Justizrat Dr. Wolf.

— Der „Augsb. Abendztg.“ geht von einer dem großherzoglich toskanischen Hofe nahestehenden Persönlichkeit eine Erwiderung zu, die sich mit einigen in Interviews enthaltenen Behauptungen befaßt. Die Erwiderung besagt: „Die Kronprinzessin von Sachsen, sowie ihr Bruder Erzherzog Leopold Ferdinand fanden es für gut und angemessen, dem Berichterstatter eines Wiener Blattes lange Erklärungen und Erläuterungen ihrer Handlungen zu geben, dabei den sächsischen Hof, sowie die eigenen Eltern herabzuwürdigen. Es kann daher nicht in Erstaunen setzen, wenn wider Willen und notgedrungen von Seite des Großherzogs von Toskana gegenüber diesen völlig entstellten Angaben der fürstlichen Geschwister in einer authentischen Darstellung die Wahrheit offenbart werden wird. Sowohl die Kronprinzessin als ihr Bruder Erzherzog Leopold verschwiegen in ihrer Berichtigung und Darstellung, wie das Verhältnis zwischen der Kronprinzessin und Giron entdeckt wurde, sie verschwiegen, welche Mission der Bruder der Flüchtigen, Erzherzog Josef, im Auftrage des Kaisers Franz Joseph I. zu erfüllen hatte, als er der Kronprinzessin nach Genf nachreiste. Die Mission des Erzherzogs Josef lautete: „Der Kronprinzessin das Wort des Kaisers zu überbringen, daß ihr keine Kränkung zugefügt werde, daß ihr, wenn ihr Gatte, der Kronprinz, sich weigern sollte, in Sachsen ihr einen Aufenthalt zu bieten, sie diesen in Oesterreich außer Wien wählen kann, wo es ihr gefalle, daß er sich mit seinem kaiserlichen Wort verbürge, daß sie weder in einem Kloster noch in einer Heilanstalt einen Aufenthalt erhalten solle, nur möge sie von ihrer krankhaften Neigung lassen, der Pflichten ihres Standes und als Gattin des Thronerben eines Landes, dessen Bevölkerung sie geliebt, als Mutter ihrer Kinder gedenken und zurückkehren.“ Als Antwort auf das hochherzige Anerbieten des greisen Kaisers, der hierin wieder sein edles Herz zeigte, erhielt ihr Bruder Erzherzog Josef die Bemerkung: „Ich danke, aber ich will mich darüber erst mit André (Giron) und Leopold besprechen!“ Und der Abenteurer André Giron wurde von der Kronprinzessin gerufen, um über das Wort des greisen Kaisers Franz Joseph von Oesterreich zu verhandeln! Mit ihm zugleich erschien Erzherzog Leopold Ferdinand, welchen sein Bruder, der in diesem Augenblicke als Beauftragter des Kaisers kam, auch deshalb ignorierte, weil er es duldete, daß ein André Giron nun ein — Kaiserwort deuten soll. Erzherzog Josef verließ indigniert beim Eintritt der beiden das Zimmer seiner Schwester, und als er nach Beendigung der Unterredung mit Giron wieder kam, erklärte ihm seine Schwester, die Kronprinzessin, daß sie dankend das Anerbieten des Kaisers ablehne. Zweifellos hatte Giron seinen suggestiven Einfluß auf die Kronprinzessin wieder geltend gemacht, denn als Erzherzog Josef mit seiner Schwester sprach und ihr die Worte des Kaisers mitteilte, war diese schweigsam in sich gekehrt und Tränen drängten sich in ihre Augen. Erzherzog Josef reiste sofort zurück, um dem Kaiser, dem die Angelegenheit sehr nahe ging, Bericht zu erstatten. — Erzherzog Leopold hat in seiner Erklärung angegeben, daß Kaiser Franz Joseph ihn wider seinen Willen in eine Nervenheilanstalt geschickt habe. Diese Angabe scheint entweder irrig gegeben oder irrig berichtet worden zu sein. Es ist nicht wahr, daß zuerst die Beurteilung wider den Willen des Erzherzogs Leopold erfolgte. Erzherzog Leopold hat sich ferner darüber ausgelassen, daß der Kaiser ihn bei der Trauerfeierlichkeit des Königs Albert von Sachsen ignoriert habe. Diese Mitteilung des Erzherzogs enthält eine Lücke; denn der Erzherzog hätte hinzufügen müssen, daß der Kaiser ihn deshalb ignorierte, weil er sein gegebenes Versprechen, mit Frl. Adamowitsch nicht mehr zu verkehren, nicht gehalten hatte. Erzherzog Leopold hat es für notwendig befunden, über das Abkommen des Großherzogs von Toskana mit Frl. Wilh. Adamowitsch Mitteilung zu machen und sogar den Betrag zu veröffentlichen. Erzherzog Leopold hat aber vergessen, hinzuzufügen, daß dieser Pakt, d. h. die Abfindung des Frl. Adamowitsch auf Bitten des Erzherzogs Leopold selbst geschehen ist, und daß derselbe Erzherzog Leopold die Kronprinzessin von Sachsen als Fürbitterin bei dem Großherzog von Toskana gebrauchte, damit er das Opfer bringe und den „Leopold“ von der Person durch ein Stück Geld befreie. Dieses Abkommen ward regelrecht, also mit Einwilligung des Erzherzogs Leopold, mit Frl. Adamowitsch getroffen, die, es sei hier ausdrücklich erwähnt, zuerst nicht in eine Abfindung willigen wollte, dann jedoch, als ihr mitgeteilt wurde, daß es der unabänderliche Wunsch des Erzherzogs selbst sei, ihre Einwilligung gegeben. Erzherzog Leopold hat sich darüber beschwert, daß man ihm nachsage, daß er seine Schwester, die Kronprinzessin von Sachsen, zur Flucht beredet habe. Es ist dies, wie zugestanden wird, aus bestimmten Gründen keine grundlose Vermutung. Diese Vermutung muß jedem einleuchten, da der Bruder Erzherzog Leopold die Korrespondenzen seiner verheirateten Schwester mit André Giron vermittelte. Sollte Erzherzog Leopold diese Tatsachen leugnen, oder in ein anderes Licht stellen wollen, so dürften die Briefe, die Erzherzog Leopold von der Kronprinzessin für Giron empfangen sollte, und die sich in guten Händen befinden, überführen. — Es ist nicht wahr, daß A. Giron bloß der girrende Seladon ist, für welchen ihn die Kronprinzessin von Sachsen der Welt gegenüber ausgibt. Die Oberhofmeisterin der Kronprinzessin von Sachsen hat auf eine eigentümliche Art, wie sie erzählt, ohne ihr Zutun, André Giron dabei betreten, als er für die Kronprinzessin von Sachsen beständig Briefe in einen Versteck legte, welcher in der nächsten Viertelstunde von der Kronprinzessin betreten werden mußte. Die Oberhofmeisterin, welche zufällig, wie sie bemerkt, die Manipulation sah, hat diesen Brief an sich genommen, und sie hat ihn dann, beim Kronprinzen selbst deshalb nach Wochen angeklagt, geöffnet, bevor dies geschah, hat die Oberhofmeisterin André Giron den Rat erteilt, sofort von Hof und aus Dresden zu verschwinden, und er antwortete, nicht als girrender Seladon, sondern, wie die Oberhofmeisterin bestätigt, mit der Frage: „Und was soll ich beginnen, wenn ich von Hof weggeschickt werde, da ich nicht die Mittel habe; es gehört ein großes Kapital dazu, wenn man einige Zeit bei Hof opulent zu leben gewohnt ist, um nun im Auslande ohne Erwerb ein Dasein zu vollbringen.“ Mit anderen Worten, André Giron wollte sich den Weg von den kronprinzlichen Gemächern bis zum Bahnhofe mit Gold pflastern lassen. Auch später schob Giron seine Person in den Vordergrund, und mutete es, im Besitze des Einflusses auf die Kronprinzessin, dem Erzherzog Josef und dem Großherzog von Toskana zu, daß mit ihm über die Rückkehr der Kronprinzessin verhandelt werden solle. Dafür sind ebenfalls Belege vorhanden. Der Großherzog von Toskana wird keinen Schritt unternehmen, um die getane Aeußerung von Seite der Geschwister, sowie André abzuwehren, sondern überläßt es jedem, sich ein Urteil darüber selbst zu bilden, ob Eltern nicht ihre Pflicht tun müssen, um eine Tochter von einem so folgenschweren Schritt abzuhalten. Dies ist von Seite des Großherzogs, sowie des Kaisers Franz Joseph in überreichem Maße geschehen. Es wird von Seite des Großherzogs nicht geleugnet, daß der Kronprinzessin damit gedroht wurde, daß sie in ein Kloster oder in eine Nervenheilanstalt geschickt werden solle. Es war dies eine Drohung, vielleicht über Gebühr, allein der Situation angemessen, und von dem ritterlichen Kaiser Franz Joseph später durch die Mission des Erzherzogs Josef an seine Schwester reichlich wieder gut gemacht.“ — Wie aus Brüssel mitgeteilt wird, hat Giron vor seiner Flucht sein gesamtes Vermögen, 30 000 Franken, flüssig gemacht. Von diesem Gelde bestreiten augenblicklich Giron und die Prinzessin ihren Unterhalt.

— Ueber die tatsächliche Zusammensetzung unserer Zweiten Ständekammer nach Berufskreisen herrschen vielfach ganz irrige Vorstellungen. So begegnet man fortgesetzt der Behauptung, daß nur eine ganz geringe Anzahl Industrieller und Kaufleute in unserer Volksvertretung säßen. Ein ganz anderes Bild erhält nun aber derjenige, der sich nach dem offiziellen Mitgliederverzeichnis eine Aufstellung über die Berufsstellung der Abgeordneten macht. Es ergibt sich hierbei folgendes: Die Industriellen sind in der Zweiten Kammer am stärksten mit 25 Mitgliedern vertreten, denen sich noch 8 Kaufleute und 5 sonstige Gewerbtreibende anschließen. Außerdem sind in der Kammer noch 17 Beamte und Rechtsanwälte, 5 Rentner (von diesen waren vorher 3 Landwirte und 2 Industrielle) und nur 21 Landwirte. Unter des letzteren 21 sind selbst nicht berufsmäßige Landwirte, wie Präsident Dr. Mehnert und Vizepräsident Opitz, mit eingerechnet worden. Drei Mandate sind derzeit erledigt. Die Landwirte haben demnach nur den vierten Teil der Sitze in der Zweiten Kammer inne. Dieser Prozentsatz entspricht übrigens auch dem tatsächlichen Verhältnis der Landwirte zu der übrigen Bevölkerung des Landes. Es kann daher unmöglich berechtigter Weise behauptet werden, daß Industrie und Handel so gut wie keine Vertretung hätten. Ebenso ist es durchaus unrichtig, daß in der konservativen Partei die Mehrheit aus Landwirten bestünde. Vielmehr sind von den Mitgliedern der konservativen Partei 21 Landwirte, 12 Industrielle, 4 Kaufleute, 4 sonstige Gewerbtreibende, 13 Beamte und Rechtsanwälte, 3 Rentner, demnach 21 Landwirte und 35 Nicht-Landwirte. Zur Ermöglichung der Kontrolle seien hier die Namen der Mitglieder der Kammer mit der Berufsstellung angefügt: 1. Industrielle: Ehret, Engelmann, Facius, Gleisberg, Grumbt, Heymann, Klötzer, Kluge, Matthes, Merkel, Müller, Neidhardt, Niethammer, Paulus, Preibisch, v. Querfurth, Reinecker, Richter (Großschönau), Schieck, Schneider, Uhlich, Wolf, Zschierlich. — 2. Landwirte: Andrä, Bunde, Däbritz, Fritzsching, Hähnel, Harter, Hauffe, Held, Horst, Kockel, Leithold, Dr. Mehnert, Opitz, Richter (Bašelitz), Schlag, Schubart, Steiger, Steyer, Thieme, Töpfer, Zeidler. — 3. Kaufleute: Behrens, Goutard, Gräfe, Heitzig, Knobloch, Liebau, Rittberger, Teichmann. — 4. Sonstige Gewerbtreibende und Berufsarten: Bachmann, Braun, Enke, Reißmann, Rentsch. — 5. Beamte und Rechtsanwälte: Ahnert, Härtwig, v. Kirchbach, Dr. Kühlmorgen, Leupold, Maschke, Rollfuß, Rudelt, Rüder, Dr. Schill, Dr. Schober, Dr. Schöne, Dr. Spieß, Dr. Stöckel, Träber, Weigert, Wittig. — 6. Rentner: Däweritz, Dieterich, May, Rößner, Dr. Vogel.

— Im Haushaltplane der Stadt Dresden auf das Jahr 1903 sind die für die verschiedenen städtischen Zwecke erforderlichen Aufwendungen und die zu deren Deckung dienenden Einnahmen für das Jahr 1903 auf 29 335 193 Mk. veranschlagt worden. Die Summe der Einnahmen ist für den Etat der Ueberschüsse auf 18 925 058 Mk., für den Etat der Zuschüsse auf 10 410 135 Mk., für beide zusammen also auf 29 335 193 Mk., die Summe der davon zu bestreitenden Ausgaben für den Etat der Ueberschüsse auf 6 793 437 Mk., für den Etat der Zuschüsse auf 22 541 756 Mk., zusammen ebenfalls auf 29 335 193 Mk. festgesetzt. Obwohl bei Festsetzung der Ausgaben die größte Sparsamkeit beobachtet wurde und man namentlich bestrebt gewesen ist, beim Tiefbaue, bei der Straßenreinigung und bei der öffentlichen Beleuchtung Ersparnisse zu erzielen, so überstiegen doch die Bedürfnisse in den Zuschußpositionen den Voretat infolge der großen Anforderungen, die das Armenwesen voraussichtlich an die Stadtkasse stellen wird (1 350 948 Mk. statt 1 132 460 Mk., d. i. 218 488 Mk. mehr) und durch die größeren Aufwendungen, welche die Verzinsung und Tilgung der Stadtanleihen verursachen, um zusammen 278 720 Mk. Andererseits ergab sich bei den Ueberschüssen, trotzdem, daß insbesondere durch schärfere Heranziehung der Gaswerke und der elektrischen Licht- und Kraftwerke bei den Vermögensnutzungen und selbständigen Unternehmungen und ebenso bei den Steuern, Abgaben und Gerechtsamen ein Mehrüberschuß von zusammen 455 299 Mk. zu erwarten steht, ein Ausfall von 331 918 Mk., da aus den Betriebsüberschüssen früherer Jahre 787 217 Mk. weniger als im Jahre 1902 zur Verfügung stehen. Mit Rücksicht auf die ungünstigen Zeitverhältnisse hat man aber beschlossen, auf eine Erhöhung der Gemeinde-Einkommensteuer nicht zuzukommen, sondern den zur Ausgleichung der Einnahmen und Ausgaben erforderlichen Betrag von 610 688 Mk. vorschußweise dem Betriebsvermögen zu entnehmen. Aus den einzelnen Abschnitten des Haushaltplans sei noch erwähnt: Die Erträge der Steuern, Abgaben und Gerechtsame belaufen sich auf 7 661 603 Mk. (+ 63 751 Mark). Bei der Eingangsabgabe von Verzehrungsgegenständen wird auf eine Einnahme von 2 056 800 Mk. (+ 14 800 Mk.) gerechnet. Dieser Mehreinnahme steht jedoch eine Mehrausgabe von 13 829 Mk. (darunter 12 158 Mk. an Besoldungen für im Jahre 1902 begründete neue Stellen und 1000 Mk. für Mietzinsen) gegenüber. Der Ueberschuß ergibt 1 815 354 Mk. (+ 971 Mark). Eine Mehrbelastung des Haushaltplanes findet sich im 5. Abschnitte „Finanzverwaltung“, der mit einem Zuschusse von 3 010 712 Mk. (+ 147 598 Mk.) abschließt. Für Verzinsung und Tilgung der Anleihen werden im Jahre 1903 zusammen 3 934 090 Mk. (+ 452 276 Mk.) aufzuwenden sein.

— Wie erwähnt, werden im Entwurf des Postetats für 1903 2000 neue Assistentenstellen verlangt. Die „Dtsch. Postztg.“ bemerkt zu dieser Forderung: Bei Schaffung von 3000 Stellen durch den Etat für 1902 erstreckte sich die Anstellung am 1. April 1902 auf diejenigen Assistenten, welche bis einschließlich 19. Juni 1896 die Prüfung bestanden hatten; am 1. Januar 1903 sind die Assistenten mit einem Dienstalter vom 26. September 1896 an der Reihe. Von den neu zu schaffenden 2000 Stellen entfallen bestimmungsmäßig ⁴⁄₇ — 1142 auf Zivilanwärter und ³⁄₇ — 858 auf neu einzuberufende Militäranwärter. Unter Hinzurechnung der durch den natürlichen Abgang (Tod, Ausscheiden, Pensionierung) freiwerdenden Stellen werden am 1. April 1903 etwa 1250—1275 Assistenten aus der Klasse der Zivilanwärter zur etatsmäßigen Anstellung gelangen können, das sind alle diejenigen, welche bis ungefähr Mitte Juni 1897 die Prüfung abgelegt haben. Die jüngsten der am 1. April zur Anstellung kommenden Beamten werden demnach ein Assistentendienstalter von 5 Jahren 9½ Monaten gegenüber 5 Jahren 10 Monaten im Vorjahre haben. Infolge der Schaffung von nur 3000 Stellen durch den Etat für 1902 anstatt der von der Postverwaltung ursprünglich in Aussicht genommenen Zahl von 4000 schien eine erhebliche Verschlechterung der Anstellungsverhältnisse im Rechnungsjahre 1902 gegenüber 1901 unvermeidlich. Wenn eine solche Verschlechterung nicht eingetreten, sondern im Gegenteil eine kleine Verbesserung zu verzeichnen ist — am 1. Januar 1902 erstreckte sich die Anstellung bis zum 7. September 1895, am 1. Januar 1903 bis zum 25. September 1896 —, so ist dieser Fortschritt darauf zurückzuführen, daß am 1. Mai 1902 die Assistenten, welche in der Zeit vom 20. Juni bis 5. September 1896 die Prüfung abgelegt hatten, außergewöhnlich zur Anstellung kommen konnten, weil für die zur Besetzung mit Militäranwärtern bestimmten 1286 Stellen nicht ausreichend Militäranwärter vorgemerkt waren und sich auch trotz Ausschreibung der Stellen in der Vakanzliste für Militäranwärter geeignete zivilversorgungsberechtigte Militärpersonen innerhalb der sechswöchigen Frist nicht in ausreichender Zahl gemeldet hatten. Es konnten infolgedessen am 1. Mai 1902 rund 550 Militäranwärterstellen mit Zivilanwärtern besetzt werden.

— Zu den Ausführungsbestimmungen betr. Aufnahme des Ferndruckers in die Fernsprechgebühren-Ordnung sind folgende Ergänzungen getroffen worden: Die Ueberlassung der Fernsprechanschlüsse und der Nebentelegraphen-Anlagen zu Ferndruckerbetrieb geschieht zunächst auf die Dauer eines Jahres, die der übrigen Nebentelegraphen-Anlagen auf fünf Jahre, die der besonderen Telegraphenanlagen auf zehn Jahre vom Tage der Uebergabe ab. Für die Lieferung, Aufstellung und Unterhaltung der Ferndrucker und der dazu gehörigen technischen Einrichtungen haben die Inhaber der besonderen und Nebentelegraphen-Anlagen auf ihre Kosten zu sorgen. Dabei dürfen nur solche Ferndruckersysteme Verwendung finden, die von der Reichs-Telegraphen-Verwaltung zugelassen sind. Für jeden zur Einschaltung gelangenden Ferndrucker ist an die Reichs-Telegraphen-Verwaltung eine Gebühr von jährlich 10 Mark zu entrichten; können mehr als zwei dieser Apparate mit einander verbunden werden, so tritt für jeden Apparat eine jährliche Zuschlagsgebühr von 10 Mark hinzu. In Nebentelegraphen-Anlagen zu Ferndruckerbetrieb wird für die Beförderung der Nachrichten zwischen der Telegraphen-Anstalt und der Nebentelegraphenstelle die Hälfte der festgesetzten Gebühren erhoben.

— Ueber den Wasserstand der Elbe und ihrer Nebenflüsse sind gestern folgende telegraphische Nachrichten eingegangen: Wasserstand in Leitmeritz am 6. d. M., 8 Uhr früh 82 Zentimeter über Null, gestern (7. Januar) 4 Uhr nachmittags 250 Zentimeter über Null. — Der Pegel an der Augustusbrücke zeigte gestern Nachmittag einen Wasserstand von ziemlich 1 Meter über Null.

— Heute wird eine Sitzung der Stadtverordneten nicht abgehalten.

— Im Laufe des letzten Vierteljahres sind insgesamt 229 Hundefuhrwerke in Gemäßheit der Bekanntmachung des Rats und der Königlichen Polizeidirektion vom 4. Februar 1899 geprüft worden. Dabei ergab sich, daß 12 Fuhrwerke nicht, wie vorgeschrieben, mit einer genügenden Unterlage für die Hunde zum Schutze vor Nässe beim Halten versehen waren, daß 10 Geschirre nicht eine Decke zum Zudecken der Hunde mit sich führten, daß 36 Geschirre nicht ein Gefäß zum Tränken der Hunde bereit hatten, daß 29 Hunden der Genickriemen am Maulkorbe und bei 23 Geschirren die vorgeschriebenen Zugbänder fehlten, daß 29 Hundemaulkörbe mangelhaft waren und daß 5 Hunde an den Wagen nicht auf der von der Fußbahn abgewendeten Seite kurz gehängt waren. Wegen eines beschädigten Hundemaulkorbes war Anzeige zu erstatten.

— Die Generaldirektion der Staatseisenbahnen hat der Gewerbekammer Dresden bekannt gegeben, daß vom 1. April 1903 an die Aviskarten, welche zur Benachrichtigung vom Eingange der Güter bei den Eilgut- und Güterverwaltungen dienen, den Empfängern als portopflichtige Dienstsachen zugefertigt werden.

— Die oberbayerische Handelskammer hat sich einstimmig gegen die sächsischen Personentarifvorschläge ausgesprochen.

SLUB
Wir führen Wissen.